

„Compact“-Verbot aufgehoben

Das Bundesverwaltungsgericht hat die sofortige Vollziehbarkeit des Verbots der Zeitschrift „Compact“ aufgehoben und damit Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellose politische Niederlage bereitet (Beschluss Az. 6 VR 1.24 vom 14.08.2024). Ihr Rücktritt wäre danach normalerweise nur noch eine Formalität. Fraglich ist allerdings, wie weit die Missachtung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien durch die politische Klasse geht und ob die Frau Ministerin nicht doch versuchen wird, an ihrem hochdotierten Posten festzukleben.

Nancy Faeser und ihr Ministerium schätzen offenbar die Pressefreiheit gering. Das Bundesverwaltungsgerichts formuliert es so:

„Zweifel bestehen jedoch, ob angesichts der mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge in den Ausgaben des 'COMPACT-Magazin für Souveränität' die Art. 1 Abs. 1 GG verletzenden Passagen für die Ausrichtung der Vereinigung insgesamt derart prägend sind, dass das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist.“

Offenbar sind die Richter an den höheren deutschen Gerichten doch noch mutig genug, rechtsstaatliche Prinzipien gegen allzu dreiste Versuche der politischen Okkupation zu verteidigen. Ein Sieg für den Rechtsstaat auf ganzer Linie!

Manfred Rouhs



Nancy Faeser kann die von Islamisten ausgehende Gefahr nicht mehr leugnen, ist aber nicht bereit für eine echte Wende in der Migrationspolitik. - Foto Urheber: BerthasEnkel | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Stoppen wir die Islamisierungs-Ministerin: Faeser - Rücktritt!

Der deutsche Politikbetrieb stellt in diesen Tagen seine Fähigkeit unter Beweis, übergangslos von der Lethargie in den Panik-Modus wechseln zu können. Selbst Nancy Faeser kann die muslimisch geprägte Terrorgefahr im Land nicht mehr ignorieren. Sie hat deshalb seit dem 16. September für mindestens sechs Monate Grenzkontrollen angeordnet.

Der „Focus“ schreibt über die Maßnahmen:

„Als Gründe für die nun angeordneten Kontrollen genannt wurden neben der Begrenzung der irregulären Migration auch der Schutz der inneren Sicherheit vor aktuellen Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus und vor grenzüberschreitender Kriminalität.“

Grenzkontrollen führen immer zu politischen Erfolgsmeldungen hin, die Nancy Faeser gerade gut brauchen kann:

Bestehende Haftbefehle werden vollstreckt, weil es immer wieder Dummköpfe gibt, die nicht wissen, dass sie gesucht werden. Das erklärt ihnen dann der Bundesgrenzschutz und nimmt sie fest.

Waffen, Drogen und andere verbotene Gegenstände werden sichergestellt



und Strafverfahren gegen jene Personen eingeleitet, die sie nach Deutschland einzuschleppen versuchen.

Das Einzige, was in Deutschland auch im Fall von Kontrollen regelmäßig nicht geschieht, ist die Zurückweisung illegaler Migranten, wie sie an der polni-



Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

schen, ungarischen und tschechischen EU-Außengrenze immer wieder einmal vorkommt. Als der sächsische Innenminister Armin Schuster im Juli solche Zurückweisungen forderte, stellten Bundespolitiker der Partei Nancy Faesers, der SPD, öffentlich klar, dies Verstöße gegen EU-Recht. Das meldete der MDR.

Grenzkontrollen ohne die Zurückweisung illegaler Migranten bringen unter dem Gesichtspunkt der Terrorabwehr überhaupt nichts, denn die wenigsten potentiellen Attentäter werden bewaffnet einreisen und sich dabei erwischen lassen. Und soweit Faeser jetzt mitteilen lässt, die Regierung habe ein „Mo-

dell für europarechtskonforme und effektive Zurückweisungen entwickelt“ - also genau das, was nach allen bisherigen Durchsagen aus der SPD gerade nicht gibt -, bleibt abzuwarten, wie praxistauglich diese Konstruktion sein wird.

Klar ist jetzt jedenfalls: Deutschland hat ein Problem mit der Zuwanderung gewaltbereiter Menschen. Wer das bereits vor dem September 2024 öffentlich äußerte, galt deshalb als „Rechtsextremist“.

Das Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlicht Jahr für Jahr Zahlen, die diese Tatsache belegen. Aktuell teilt die Behörde drei Gründe für den Kriminalitätsanstieg in Deutschland mit. Eine davon lautet:

„Migration

Deutschland verzeichnet aktuell eine hohe Zuwanderungsrate. Dadurch steigt die Bevölkerungszahl an und der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtgesellschaft nimmt zu. Es ist plausibel, dass sich dies auch in einer steigenden Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger ausdrückt. Es ist davon auszugehen, dass viele Schutzsuchende mehrere Risikofaktoren für verschiedene Deliktsbereiche aufweisen. Dazu gehören die Lebenssituation in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie

einen Zusammenhang mit dem Kriminalitätsgeschehen. Dies legt nahe, dass die Anstiege von Kriminalität (besonders bei nichtdeutschen Tatverdächtigen) mit den besonderen Bedingungen, die mit dem Wanderungsgeschehen verknüpft sind, einhergehen. Dazu gehören beispielsweise die große Anzahl von Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie viele kurzfristige Unterbringungen mit häufigen Umzügen.“

Daran wird sich auch mit den von Nancy Faeser angeordneten Grenzkon-



wirtschaftliche Unsicherheit und Gewalterfahrungen. Bei der Gewaltkriminalität zeigt vor allem die Migrationsdynamik (Wie viele Zu- und Fortzüge werden verzeichnet?) und weniger die Nettomigration (Wie viele Zugewanderte bleiben?)

trollen nichts ändern. Denn Faeser lässt nicht jeden, der aus einem EU-Land nach Deutschland einreist und Asyl beantragt, an der Grenze sofort in dieses EU-Land zurückführen. Folgerichtig werden die aktuellen Grenzkontrollen das Migrationsgeschehen nur minimal beeinflussen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.

Das alles beweist:

Wir werden von Lügnern und politischen Scharlatanen regiert. Und wir werden von den Massenmedien schamlos veralbert und für dumm verkauft.

Deshalb fordern wir den Rücktritt von Nancy Faeser und der Ampel-Regierung sowie bundesweite Neuwahlen. Es reicht! Jeder Tag, den diese Regierung länger im Amt ist, schadet den Interessen Deutschlands!



Der Hochstapler Ahmet Ünal (links im Bild bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung, CDU) verdiente mit pseudo-wissenschaftlicher islamischer Rhetorik innerhalb von 21 Jahren mehr als eine halbe Million Euro, die ihm aus Steuergeldern zufließen. Er war Berater der NRW-Landesregierung in Islamfragen und ein gerngehener Vortragsredner bei Befürwortern des Multi-Kulturalismus in Nordrhein-Westfalen. | Fotos: Dontworry | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Falscher Akademiker kassierte mehr als 500.000 Euro Steuergeld:

„Prof. Dr.“ Ahmet Ünal und die Islampolitik der Hochstapler

► Er sieht schon irgendwie aus wie ein wirrer Islam-Professor. Wirt mag manches von dem, was er getan hat, tatsächlich gewesen sein - nur gemerkt hat es keiner. Und zwar 21 Jahre lang. Das sagt mehr über die politische Klasse in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf aus als über Ahmet Ünal selbst, der sich seit dem 12. Juli 2024 vor dem Landgericht Duisburg mit einer Anklage wegen Urkunden-

fälschung, Betrug und dem unbefugten Gebrauch akademischer Grade in 28 Fällen auseinandersetzen muss.

Vor 24 Jahren begann die vermeintliche akademische Karriere des heute 47-Jährigen dadurch, dass er in echten akademischen Dokumenten denkbar primitiv den Namen des Inhabers mit seinem eigenen Namen überklebte. Ohne Photoshop, ohne irgendwelche Finessen.

Umstandslos beurkundete das Schulministerium des Landes Nordrhein-Westfalen dem Türken die Dokumente und legte damit den Grundstein zu seiner pseudo-wissenschaftlichen Laufbahn.

In deren Verlauf wurde er Berater der nordrhein-westfälischen Landesregierung für Islamfragen, hielt Vorträge und erhielt Preise und wurde Beamter beim Schulamt Duisburg mit Bezügen von im Laufe der Jahre rund 508.000 Euro netto. Das berichtet die „Bild“-Zeitung.

Offenbar störte dabei auch kaum jemanden, dass Ahmet Ünal stramm die Linie der türkisch-islamischen Union DITIB vertrat, die es bekanntlich auf eine Festigung der türkisch-islamischen Parallelwelt in Deutschland anlegt.

Mit einem Urteil ist, der eindeutigen Sachlage wegen, noch im Jahr 2024 zu rechnen. SIGNAL bleibt dran und wird darüber berichten.

Im August erstach der 26-jährige Araber und sunnitische Moslem Issa al Hasan aus Syrien in Solingen drei Menschen. Polizei und Medien nahmen die Verfolgung auf. Bereits nach kurzer Zeit wurde der Tatverdächtige von Fahndern der Polizei festgenommen, weil er sich auffällig verhielt. Verschiedene richtige, aber auch falsche Darstellungen über ihn kamen in Umlauf, wie beispielsweise die Behauptung, er habe sich selbst der Polizei gestellt.

Issa al Hasan reiste 2022 über die Balkanroute nach Deutschland ein und beantragte Asyl. Bevor er deutschen Boden betrat, hielt er sich in Bulgarien auf. Dorthin sollte er ohne Überprüfung der von ihm vorgetragenen Asylgründe im Sommer 2023 abgeschoben werden, weil nach dem Dubliner Abkommen dasjenige EU-Land für sein Verfahren zuständig war, dessen Boden er als erstes betreten hat.

Dagegen wehrte sich Hasan trickreich mit anwaltlicher Hilfe - und mit Erfolg. Er war am Tag seiner Abschiebung nicht anzutreffen. Vier Tage später meldete er sich dann aber selbst bei den deutschen Behörden und reichte eine Klage gegen seine Abschiebung ein. Die Behörde reagierte, wie erwartet, gewährte ihm den sogenannten „subsidiären Schutz“, quartierte ihn erneut auf Kosten des Steuerzahlers in einem Asylbewerberheim ein, und zwar in Bielefeld - und unternahm keinen weiteren Versuch, ihn nach Bulgarien abzuschieben.

Wäre Hasan untergetaucht, statt sich zu stellen, hätten die Behörden 18 Monate Zeit gehabt, ihn nach Bulgarien zurück zu führen. In diesem Fall hätte er bei jeder Polizeikontrolle befürchten müssen, aufzufliegen und doch noch abgeschoben zu werden.

Mit dem humanitär begründeten „subsidiären Schutz“ untergräbt die politische Klasse die Möglichkeiten des geltenden Asylrechts und treibt dadurch die Zahl der in Deutschland lebenden Asylbewerber in die Höhe.

Gut beraten gegen die Abschiebung:

Dresdener Anwältin des Solinger Messermörders wird bedroht



Issa al Hasan, der mutmaßliche Mörder von Solingen.

Im August 2024 veröffentlichte die „Bild“-Zeitung den Namen der Rechtsanwältin, die Issa al Hasan so vortrefflich beraten hat: Annika Bargenda, bei einer Dresdner Kanzlei tätig in den Bereichen Straf-, Zivil- und Asylrecht. Journalisten durchleuchten, dass sie bundesweit Asylbewerbern zu einem subsidiären Schutz verhilft, und sie schreiben von einem „lukrativen Geschäftsmodell“.

Seither hat Annika Bargenda Polizeischutz und beklagt sich: „Mich erreichen massivste Bedrohungen über Anrufe, WhatsApp, Instagram, Facebook -

alle Kanäle, die sie sich vorstellen können.“ Das berichtet das „Anwaltsblatt“.

Dabei war ihre Vergütung im Fall Issa al Hasan lediglich dreistellig, aber nicht vierstellig. Jede Pflichtverteidigung in einem Strafverfahren oder auch ein durchschnittlicher Zivilprozess bringt mindestens einen vierstelligen Betrag ein. Davon fließt ein erheblicher Teil in den laufenden Betrieb der Anwaltskanzlei.

Rentabel werden Asylrechtsfälle für Rechtsanwälte, die nicht gerade aus dem Wohnzimmer heraus arbeiten, sondern in einen normalen Kanzleibetrieb eingebunden sind, nur dadurch, dass sie eine Vielzahl gleichartiger Mandate einsammeln. Deshalb schreibt die Anwältin in Dresden einen Schriftsatz für einen Mandanten in Bielefeld, den sie in Varianten auch an vielen anderen Orten verwenden kann.

Wo für Anwälte ein auch nur kleiner Anreiz geschaffen wird, etwas zu verdienen, stellt sich in kurzer Zeit ein Überschuss an Juristen ein, die um die Mandate konkurrieren. Nicht dies, sondern der Unwille der politischen Verantwortlichen, dem Asylmissbrauch ein Ende zu bereiten, ist das Problem.



Die umfassende Migration asylbegehrender Menschen nach Deutschland wird in weiten Teilen des rot-grünen politischen Mileus uneingeschränkt positiv bewertet. Diese Akteure glauben ernsthaft, „nur sie vertreten eine akzeptable Weltsicht, während andere zwangsläufig rassistisch oder menschenfeindlich seien“.

Susanne Schröter:

„Massenhafte, irreguläre Migration seit 2015 hat die deutsche Gesellschaft destabilisiert“

► **Das Deutschland des Jahres 2024 ist ein Ort bemerkenswerter Widersprüche.** Einerseits gibt es kaum eine plausible, bedeutende, schlüssige politische Meinung, die in der öffentlichen Debatte und auch im gesellschaftswissenschaftlichen Betrieb nicht zu hören wäre, die etwa aus ideologischen Gründen vollständig ausgelöscht werden würde. Andererseits kann ein öffentliches Bekenntnis zu einer unerwünschten Einschätzung eine regelrechte Hexenjagd auslösen.

Eine, die gejagt und bedrängt wird, ist die Ethnologin Susanne Schröter (Foto). Sie warnt vor französischen Verhältnissen in Deutschland, hervorgerufen durch kulturfremde Zuwanderer. Sie sieht



die deutsche Regierung beschienigt sie hinter der Bezahlschranke der „Welt“ eine „naiven Migrationspolitik“, mit der sich Deutschland international lächerlich macht.

Wer aus solchen Sacheinschätzungen ein politisches Programm formuliert und bei Wahlen antritt, findet sich

die deutsche Gesellschaft durch die „massenhafte, irreguläre Migration seit 2015 destabilisiert“.

Der Ampel-

als vermeintlich „rechtsextrem“ im „Verfassungsschutzbericht“ diffamiert, so wie die AfD. Zumindest wichtige Teile der bundesrepublikanischen politischen Klasse haben durchaus verstanden, dass sie mit ihrer Zuwanderungspolitik die Interessen der deutschen Mehrheitsbevölkerung missachten und sich dem Risiko aussetzen, in eine Situation zu geraten, in der sie sich gegen zuwanderungskritische politische und publizistische Kräfte nur noch mit diktatorischen Maßnahmen behaupten können.

Längst schon liegen ihre Nerven blank und sie gehen dazu über, der multi-kulturellen und der klima-ideologischen eine diktatorische, demokratiefeindliche Agenda folgen zu lassen. Nicht aus Unwissenheit, sondern aus einem durch-dachten, machiavellistischen Kalkül heraus.

Diese politischen Akteure sind davon überzeugt, „nur sie vertreten eine akzeptable Weltsicht, während andere zwangsläufig rassistisch oder menschenfeindlich seien“, wie Susanne Schröter bemerkt. Schröter sieht einen „Kulturkampf“ heraufziehen, den sie versteht „als Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Vorstellungen von Kultur und Gesellschaft“.

Zum aktuellen Repressionsschub passt ihre Einschätzung: „Jegliche Einschränkung der Freiheitsrechte verhindert letztendlich, dass eine Demokratie, die auf Abwege gerät, sich wieder selbst repariert.“

Das ergibt durchaus Sinn, denn eine Staatsreparatur würde zunächst die Verwerfung jener kosmopolitischen Akteure voraussetzen, die das aktuelle multi-kulturelle Chaos in Deutschland verursacht haben. Und die sind nicht daran interessiert, bei den kommenden Wahlen marginalisiert zu werden.

Tausend Euro Handgeld für Afghanen

Nach dem Dreifach-Mord von Solingen muss der Politikbetrieb irgendetwas tun, um Handlungsfähigkeit zu simulieren. Also lässt er 28 afghanische Kriminelle in ein Flugzeug packen und auf Kosten des Steuerzahlers in ihre Heimat abschieben. Was Entschlossenheit vortäuschen soll, gerät zur Farce und erzürnt weite Teile der Bevölkerung.



Ankunft eines Flugzeugs am Flughafen Kabul.

Urheber: US Navy
Lizenz: CC BY 2.0

Die 28 Kriminellen sind unangenehme Zeitgenossen. Einer von ihnen soll eine 11-Jährige vergewaltigt haben. Auch der Gruppenvergewaltiger von Illerkirchberg ist dabei. Alle haben schwere Straftaten begangen.

Und sie werden zuhause viel Gutes über Deutschland berichten können, denn sie sind nicht mit leeren Taschen heimgeschickt worden, sondern mit tausend Euro Handgeld pro Kopf, insgesamt also 28.000 Euro.

„Statista“ veranschlagt das jährliche Bruttoeinkommen in Afghanistan auf 422,20 US-Dollar, also umgerechnet 381,65 Euro. Dafür, dass die 28 Afghanen in Deutschland dem Steuerzahler jahrelang auf der Tasche lagen und sich mit Verbrechen hervorgetan haben, erhalten sie also auf unser aller Kosten eine Prämie von pro Kopf 2,62 Brutto-Jahresgehältern. Ebenfalls laut Statista beträgt das deutsche jährliche Bruttoeinkommen 48.775 Euro. Mal 2,62 macht 127.800 Euro.

Stellen Sie sich vor, Sie erfahren von Ihrem gerade aus einem fernen Schlaffenland abgeschobenen Vergewaltiger-Kumpel, dass er 127.800 Euro für's Nichtstun bekommen hat und Sie ebenfalls so viel Geld bekommen können? Sie müssten dafür lediglich weit reisen, lügen und sich kriminell aufführen, dann verläßt sie der dortige Grenzschutz in einen Flieger für die Rückreise und schüttet sie mit Geld zu. Wie werden viele Menschen auf ein solches Angebot reagieren?

Deutschland lädt sich mit solchen Aktionen neue Flüchtlinge ein. Und die

Verantwortlichen verstehen und bemerken schon lange nicht mehr, was sie tun.

Sie werden unser Land in den Ruin treiben, wenn wir sie nicht aufhalten!

Wenn der „deutsche“ Gruppenvergewaltiger Ömer heißt

Im Jahr 2023 sind in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland, 209 Gruppenvergewaltigungen angezeigt

worden. Die Dunkelziffer dürfte weit höher sein, denn gerade bei Sexualdelikten vermeiden manche Opfer aus Scham oder Angst vor den Tätern den Gang zur Polizei.

Immerhin 155 Tatverdächtige konnten ermittelt werden. Das ist eine relativ hohe Quote. Dabei schien es sich fast zur Hälfte um deutsche Täter zu handeln. Denn in 71 Fällen wies die polizeiliche Kriminalstatistik die Staatsangehörigkeit der Verdächtigen mit „Deutsch“ aus.

Die AfD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag stellte deshalb im Juni 2024 eine Kleine Anfrage an die Landesregierung, in der sie die Vornamen der 71 deutschen Tatverdächtigen zum Thema machte. Jetzt ist dazu die Antwort veröffentlicht worden.

Und - wer hätte es gedacht? - von den 71 als deutsch deklarierten Tatverdächtigen haben nur 34 einen deutschen Vornamen. Die anderen heißen Abdullah oder Ahmad, Hasan oder Hussien, Ömer oder Yesser.

Der kulturdeutsche Anteil am Problem der Gruppenvergewaltigungen in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr sackt damit auf unter 20 Prozent ab. Das Problem dieser besonders brutalen Form sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist also zu mehr als 80 Prozent importiert und ein Ergebnis der Migrationspolitik der alten politischen Kräfte.

